Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 332. **Freitag** den 3. Juli 1903. **97. Jahrgang.**

Weltpolitik und Seemacht.*)

Als im Herbste 1899 die Vorbereitungen für die zweite Flottenvorlage in Deutschland begannen, konnte niemand voraussehen, daß ein kriegerisches Eingreifen der Kulturmächte im Sommer darauf erfolgen würde. Die Pachtung des Kiautschau-Gebietes, das in der Provinz Schantung sein natürliches Hinterland hat, war allerdings Vorbedingung eines regen Ausbaues unserer wirtschaftlichen Interessen; Hafenbauten, Bahnanlagen, Dampferlinien, Kohlengewinnung schienen unsere wichtigsten Aufgaben. Der Grundsatz der „offenen Tür", den Deutschland von Anfang an für seine Einflußsphäre in China verkündet hatte, wurde durch das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem Deutschland lebhaft zustimmte, für das ganze Riesenreich erweitert: die Märkte in China sollten dem Handel der ganzen Welt geöffnet werden, unter Aufrechterhaltung der Integrität Chinas. Der Eröffnung eines intensiven Wettbewerbes der Nationen auf diesem noch kaum berührten Weltmarkte aber stellten sich innere Unruhen entgegen, die im Laufe des Frühlings 1900 weite Gebiete des chinesischen Reiches erschütterten und in eine gefährliche Verfolgung der Fremden und Christen ausliefen. Gemeinsam war die schwere Bedrohung und Schädigung der Angehörigen und der Interessen aller Kulturvölker in China, gemeinsam war auch die Abwehr. Die alten Großmächte Europas wie die neuen Großmächte der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan, die Seemächte wie die Festlandstaaten erschienen sämtlich auf dem Plane, um ihre Rechte zu wahren.

Durch besondere Umstände, namentlich durch die Ermordung des kaiserlichen Gesandten v. Ketteler in Peking, war das Deutsche Reich an die Spitze der Aktion in China geführt worden. Aber die Zukunft Chinas wird nicht durch Deutschland, sondern durch den Gegensatz von **Rußland und Großbritannien** bestimmt werden. Wie in ganz Asien, stehen sich auch hier diese Weltmächte gegenüber: Rußland mit seinem ungeheuren Gewichte der durch Schienenstränge verbundenen Landmassen vom Norden und vom Westen her auf die Zentralregierung des Riesenreiches drückend, während Großbritannien im weiten Yangtsebecken, dessen Zugang es mit seiner Flotte beherrscht, ein Feld unermeßlicher Fruchtbarkeit für seinen Handel auszunutzen bestrebt ist. Beide Weltmächte haben sich für ihre Position in Ostasien Bundesgenossen zugesellt: Großbritannien und Japan haben in aller Form eine Allianz geschlossen, und Rußland hat darauf geantwortet, indem es sein Bündnis mit Frankreich auch auf Ostasien ausgedehnt hat. So steht Deutschland nicht nur räumlich, sondern auch politisch zwischen den großen Rivalen Rußland und England, deren Gegensatz die Zukunft des asiatischen Weltteils beherrscht. Es ist klar, daß nur eine **starke Macht** auf die Dauer diese Position erfolgreich in Unabhängigkeit, zum Nutzen ihrer eigenen Interessen und zum Ausgleich bei Reibungen, behaupten kann. Ist das Deutsche Reich, selbst bei blühender Entfaltung seines Handels und Verkehrs, politisch ohnmächtig in Ostasien, so fehlt ihm jede Möglichkeit, als Bundesgenosse oder Gegner sein Gewicht in die schwankenden Wagschalen zu werfen; ja seine Schwäche müßte die starken Mächte geradezu reizen, über Deutschland hinweg zum Austrage der Gegensätze zu schreiten. Stark kann aber das Deutsche Reich in Ostasien niemals durch sein Landheer sein — auch eine noch so große Garnison in Tsingtau würde keinerlei Entscheidung bringen können. Das vermag einzig und allein die **deutsche Kriegsflotte**, die jeder Landmacht eine wertvolle Ergänzung, jeder Seemacht eine nicht minder wertvolle Verstärkung bringen würde.

In allen Großstaaten, die Weltpolitik treiben, ist eine von Jahr zu Jahr sich steigernde Intensität im Ausbau der Kriegsflotte bemerkbar. Und es ist eine Tatsache von allergrößter Bedeutung, daß diese Rüstungen in Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten — in Rußland herrscht der souveräne Wille des Zaren — im Volke selbst und in den Parlamenten nicht nur die unbedingte Unterstützung finden, sondern noch von weitergehenden nationalen Forderungen überboten werden. Macht in **Frankreich** der Marineminister einmal den Versuch, im Hinblick auf die Finanzlage den Bau einiger Panzerschiffe einzustellen, so dringen Kammer und Senat energisch und erfolgreich auf die Wiederaufnahme und Beschleunigung dieser Bauten. In **Großbritannien** ist kein Schlagwort populärer als der Ruf nach weiterer Verstärkung der Seewehr: England müsse, mit welchen Opfern auch immer, unter allen Umständen die Herrschaft zur See behaupten; sollte die politische Weltlage sich derart gestalten, daß der two power standard nicht mehr ausreiche, so müsse man eben zum three power standard übergehen — das heißt also: die englische Flotte, deren Stärke jetzt der Kombination der Marinen zweier beliebiger anderer Mächte überlegen ist, soll künftig auch der Vereinigung dreier Mächte gewachsen sein. Nirgends aber werden die maritimen Rüstungen mit größerem Enthusiasmus aufgenommen, als in den **Vereinigten Staaten**. Die Vorgänge der letzten Wochen beweisen, daß die politischen Führer sie geradezu zur Wahlparole für die nächste Präsidentschaftskampagne machen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß jede, selbst die riesigste und schnellste Verstärkung der Flotte, ohne Rücksicht auf die Kosten, im Kongreß willige Aufnahme finden würde. In Amerika wie in England und Frankreich hat eben das ganze Volk die ausschlaggebende Bedeutung der Seemacht für die Weltpolitik und den Welthandel mit dem natürlichen Instinkt für große nationale Aufgaben völlig erfaßt, während in Deutschland diese Kenntnis noch breiten Schichten verschlossen bleibt.

In Großbritannien, Rußland und den Vereinigten Staaten ist man gewillt, die einzelnen Schlachtschiffe immer größer, schneller und stärker zu bauen, um so ihren Gefechtswert zu erhöhen. Auch dringt man nachdrücklich darauf, die Bauzeit abzukürzen, um die Flotte schneller auf die volle Höhe der Leistung und Macht zu bringen. Vermehrung des Mannschaftsstandes geht mit Bestrebungen auf bessere Gestaltung des Offiziersersatzes und einheitlichere Formen der obersten Leitung Hand in Hand. Dem Ausbau der Häfen, Werften, Arsenale und Werkstätten des Staates wird die größte Aufmerksamkeit zugewendet. England hat die Errichtung eines neuen Kriegshafens in der Nordsee, an der Ostküste Schottlands, also mit dem Gesicht gegen Deutschland, Skandinavien und Rußland, beschlossen; die Heimatflotte ist organisatorisch leistungsfähiger gemacht, eine Verstärkung des Kanalgeschwaders steht in Aussicht. Das Marinebudget für 1903/04 übersteigt das vorjährige um 64 Millionen Mark (davon 45 Millionen Mark mehr für Neubauten, die im ganzen gegen 230 Millionen erfordern) und hat mit 703 Millionen Mark eine bisher unübertroffene Höhe erreicht, wobei in Parenthese zu bemerken ist, daß das Heeresbudget genau den gleichen Betrag aufweist. In Frankreich ist nach manchen Schwankungen mehr Einheitlichkeit in den Ausbau der Flotte gekommen: die Kammer hat auf die schleunige Fertigstellung von Linienschiffen gedrungen; durch den Ausbau der Kriegshäfen von Toulon und Biserta im Verein mit einem stattlichen Geschwader ist Frankreichs Stellung im Mittelmeere sehr stark geworden. Dazu kommt, daß die Oeffnung der Dardanellen für die **russische** Kriegsflotte wohl nur noch eine Frage der Zeit ist, sodaß ein Zusammenwirken der gesamten Marinen beider verbündeten Reiche im Falle eines Krieges in den europäischen Gewässern in Rechnung zu setzen ist. In den Vereinigten Staaten hat der letzte Kongreß die Forderungen der Regierung für Neubauten beträchtlich erhöht: 3 neue Schlachtschiffe zu 16 000 Tonnen und zwei neue Schlachtschiffe zu 18 000 Tonnen Deplacement sind für das laufende Jahr bewilligt worden. Ferner hat auf Anregung aus dem Kongreß das Marineministerium ein Programm für den Ausbau der Flotte in Vorbereitung, das nach den bisherigen Veröffentlichungen die Schaffung einer Flotte von 48 Linienschiffen, 42 Panzerkreuzern und einer entsprechenden Anzahl von Schiffstypen geringerer Qualität in einem Zeitraume von zehn Jahren vorsieht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kongreß diesem Plane zustimmen wird; die Entscheidung wird noch in diesem Jahre fallen.

Zieht man das Fazit, so wird man zu dem Ergebnisse kommen müssen, daß im besten Falle bis Ende des Jahres 1906 das im deutschen Flottengesetz von 1900 zu Grunde gelegte Stärkeverhältnis zwischen der deutschen und den Marinen der Hauptseemächte aufrecht erhalten bleibt, daß aber dann vornehmlich in England und Nordamerika mit wachsender Geschwindigkeit Fortschritte der Seemacht eintreten werden, die unsere eigenen, durch den Rahmen des Gesetzes begrenzten und festgelegten Rüstungen zur See stark in den Hintergrund drängen.

Des Deutschen Reiches Großmachtstellung in Europa beruht auf der Kraft seiner Waffenmacht, der Ehrlichkeit seiner Friedenspolitik, der Arbeit seiner Bürger. Zur Sicherung gegen Angriffe stehen ihm **Oesterreich-Ungarn** und **Italien** zur Seite. Auch in einem europäischen Konflikte — und es fehlt nicht an dunklen Wolken am Himmel, namentlich im östlichen Winkel auf dem Balkan — wird künftig nach allgemeiner Ueberzeugung die Seemacht eine weit bedeutsamere Rolle spielen, als in den großen Kriegen von 1848 bis 1871, die durch das Landheer allein entschieden worden sind. In der Weltpolitik aber steht Deutschland **allein** und ohne Bundesgenossen. Nur die Kriegsflotte ist hier das Werkzeug der Macht, das Frieden gebieten und Kriege entscheiden kann. Ohne stark zur See zu sein, kann Deutschland weder seine wirtschaftlichen Interessen vertreten, noch sein politisches Ansehen behaupten, weder als Freund begehrt noch als Feind gefürchtet sein, weder den Frieden sichern, noch in schicksalsschwerer Stunde siegen. Eine Weltmacht ohne starke Flotte ist ein Unding. Weltpolitik ohne Seemacht birgt tausend Gefahren. Und Deutschland hat gar keine Wahl: die aus dem unerschöpflichen Born der Nation aufquellenden Kräfte treiben es auf den Weltmarkt, und als Großmacht müssen wir in der Weltpolitik auftreten. Die ersten Folgerungen aus den Tatsachen, die in dem Umschwunge der Ereignisse in den letzten zwanzig Jahren wurzeln, haben wir in dem Flottengesetze gezogen. Aber politisch wie wirtschaftlich und militärisch vollziehen sich mit ungeheurer Wucht und eilenden Schrittes große und feste Entwicklungsreihen. Eine schwache Rüstung ist teuer und wertlos, sicheren Schutz verleihen kann nur die volle Kraft. Ist das Reich als Weltmacht und Welthandelsstaat bereits im Besitze dieser Kraft zur See? Oder kann es hoffen, in kurzer Frist die nötige Stärke zu erlangen? Die vorstehenden Ausführungen haben versucht, eine Antwort auf diese Fragen zu finden. An Regierung, Parlament und Nation wird es sein, die Antwort in die Tat umzusetzen. Es gilt dem Dasein und der Zukunft des Reiches.

*) Aus dem demnächst erscheinenden „Nautieus", Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen 1903 (E. S. Mittler & Sohn, Berlin S.W. 12).

Deutsches Reich.

Berlin, 2. Juli. (Der sozialdemokratische Feldzugsplan für die nächste Reichstagstagung.) Herr **Bebel**, der sich schon im vorigen Herbste das Verdienst erworben hat, durch die Ankündigung des sozialdemokratischen Feldzugsplans in seiner Hamburger Rede die Ueberwindung der Obstruktion gegen das Zolltarifgesetz zu erleichtern, hat jetzt wiederum unter dem Eindrucke der sozialdemokratischen Erfolge bei der Hauptwahl zum Reichstage den sozialdemokratischen Feldzugsplan für die nächsten Reichstagstagungen verraten; er hat in Karlsruhe neben anderen bemerkenswerten Aeußerungen verkündet: „Wir wollen keine Handelsverträge, es sei denn, daß die Tarife revidiert werden. Wir sind stark genug, um im Reichstage die Revision zu erzwingen." Diese Kundgebung verdient unter zwei Gesichtspunkten Beachtung. Zunächst stellt sie völlig klar, daß die Sozialdemokraten als entschiedene Gegner aller Handelsverträge auf der Grundlage des neuen Zolltarifes, also auch als entschiedene Gegner der Handelsvertragspolitik der Regierung anzusehen sind. Sie werden nichts unversucht lassen, um das Zustandekommen neuer langfristiger Handelsverträge im Reichstage zu verhindern. Da die baldige Beseitigung der Unsicherheit in Bezug auf unsere Handelsbeziehungen zum Auslande im dringenden Interesse des deutschen Erwerbslebens, insbesondere der deutschen Industrie liegt und es davon wesentlich abhängt, ob die seit einiger Zeit wahrnehmbare Besserung des Absatzes und damit der wirtschaftlichen Lage im ganzen als Dauergewinn oder nur als eine vorübergehende Wellenbewegung anzusehen sein wird, unterliegt es schon jetzt keinem Zweifel, daß die Sozialdemokraten im Reichstage ihre Stimmen gegen die wichtigsten Interessen des heimischen Erwerbslebens, der heimischen Industrie und demzufolge auch gegen die Interessen der Arbeiter selbst, deren Arbeitsgelegenheit und Arbeitsverdienst von der Lage der Industrie abhängt, zu verwerten gedenken. Der zweite beachtenswerte Gesichtspunkt ist in der Ankündigung zu erkennen, daß die Sozialdemokratie, wenn sie anders ihr Ziel in Bezug auf die Neuordnung der Zoll- und Handelsverhältnisse zum Auslande nicht erreichen kann, auch im neuen Reichstage vor Obstruktion nicht zurückschrecken wird. Das und nichts anderes ist der Sinn des Satzes, daß die Sozialdemokratie stark genug sei, die Revision des Zolltarifs vor dem Abschlusse von Handelsverträgen zu erzwingen. Da es aber bei der Zusammensetzung des Reichstages nicht dem mindesten Zweifel unterliegt, daß die Sozialdemokratie auf anderem Wege als dem der Obstruktion nicht dazu gelangen kann, ihren Willen in Bezug auf die Zoll- und Handelsverträge durchzusetzen, so liegt in der Bebelschen Programmrede von Karlsruhe unzweifelhaft die Ankündigung neuer und planmäßiger Obstruktionsversuche der sozialdemokratischen Fraktion. Ob, nachdem der Abgeordnete Dr. Barth dem Reichstage nicht mehr angehört, das Häuflein seiner Partei auch im neuen Reichstage der Sozialdemokratie bei ihren neuen Obstruktionsversuchen sekundieren wird, kann füglich dahingestellt bleiben. Sicher aber ist, daß in dieser Ankündigung des sozialdemokratischen Parteiführers für alle übrigen Parteien des Reichstages die dringende Mahnung liegt, sich zur wirksamen Abwehr solcher Attentate auf die Mehrheit des Reichstages und demzufolge auf den Reichstag selbst zu rüsten und zu gemeinsamer Niederkämpfung dieser Bestrebungen sich zusammenzuschließen. Wie Herrn Bebels Hamburger Rede im vorigen Herbste sehr wesentlich dazu beigetragen hat, die Mehrheit zur Verständigung sowohl über den Antrag Kardorff wie über die sonstigen zur Ueberwindung der Obstruktion notwendigen Maßnahmen zu bewegen, darf auch von der Ankündigung der bevorstehenden Obstruktionsversuche der Sozialdemokratie im neuen Reichstage mit Sicherheit die Wirkung erwartet werden, daß alle anderen Parteien auf ihrer Hut sind und zu einer festen Phalanx gegen die sozialdemokratischen Obstruktionsversuche sich vereinigen werden.

⊣ **Berlin**, 2. Juli. (Zentrum und Welfen.) Nach einer Meldung der „Köln. Volksztg." hat der welfische Reichstagsabgeordnete für Celle-Gifhorn, Freiherr v. Hodenberg, seine Bereitwilligkeit erklärt, dem Zentrum beizutreten. Ob dieser Beitritt sich in der Form vollziehen wird, daß Frhr. v. Hodenberg Mitglied der Zentrumsfraktion wird, oder ob Frhr. v. Hodenberg „Hospitant" des Zentrums wird, darüber sagt das rheinische Zentrumsorgan noch nichts, aber das ist auch nur von unwesentlicher Bedeutung. Bisher gehörte Frhr. v. Hodenberg zu den drei welfischen Reichstagsabgeordneten, die als Deutsch-Hannoveraner keiner Fraktion beitraten. Wenn Frhr. v. Hodenberg sich jetzt dem Zentrum anschließt, so begeht er damit einen Akt recht demütigender Selbstverleugnung. Ist doch Frhr. v. Hodenberg durch einen katholischen Zentrumsagrarier aus seinem Wahlkreise Hildesheim verdrängt worden! Der heftige Streit, der zwischen Zentrum und Welfen wegen der Hildesheimer Wahlvorgänge getobt hat, mußte zu der Frage führen, ob es in Zukunft den vier welfischen Hospitanten der Zentrumspartei möglich sein werde, das alte Verhältnis zum Zentrum aufrecht zu erhalten. Tritt jetzt selbst Frhr. v. Hodenberg dem Zentrum bei, dann ist diese Frage gelöst. Und wird Frhr. v. Hodenberg unmittelbar Mitglied der Zentrumsfraktion, dann besitzt letztere wieder einen Renommier-Protestanten, der „schlagend" beweist, daß das Zentrum — keine konfessionelle Partei ist! Durch Frhrn. v. Hodenberg als Medium scheinen sich die Beziehungen zwischen dem hannoverschen Zentrum und den Welfen noch inniger als bisher gestalten zu sollen; die Nationalliberalen Hannovers dürften hiervon das Gegenteil eines Schadens zu erwarten haben. Das Hannoversche Bündlertum aber darf sich jetzt rühmen, daß es durch seine Hildesheimer Wahltaktik zwei Zentrumsleute in den Reichstag geschickt hat.

§ **Berlin**, 2. Juli. (Die proletarischen Frauen im Wahlkampfe.) Unter der vorstehenden Ueberschrift gibt das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterinnen, die „Gleichheit", überaus lehrreiche Aufschlüsse über die Rolle, welche die sozialdemokratischen Frauen im letzten Wahlkampfe gespielt haben. Seit Monaten ließen es sich die Agitatorinnen Tietz und Kähler angelegen sein, fast an jedem Wochentage eine, an Sonn- und Feiertagen zwei bis drei Versammlungen abzuhalten. Aehnlich agitierte „Genossin" Ihrer in der Umgegend von Berlin, „Genossin" Grabnauer ebendort und in Sachsen, „Genossin" Luxemburg in Posen, Oberschlesien und in Sachsen, „Genossin" Greifenberg in Bayern usw. Unermein wirksam haben ferner die weiblichen Vertrauenspersonen und die besonderen Frauenorganisationen der Betätigung im Wahlkampfe vorgearbeitet. In dieser Beziehung verzeichnet die „Gleichheit" die folgenden charakteristischen Einzelheiten für die größeren Städte und Industriezentren: „Genossinnen halfen fleißig beim Abschreiben und Führen der Wählerlisten, beim Adressenschreiben, beim Austragen und Verteilen der Stimmzettel, beim Verbreiten der Wahlflugblätter usw. Sie beteiligten sich eifrig an dem Sammeln von Geldern, agitierten für den Besuch der Versammlungen, suchten im Privatverkehr der Sozialdemokratie Stimmen und Anhänger zu werben und waren am Wahltage unermüdlich, um säumige Wähler aufzuspüren und zur Urne zu führen. Sie kletterten in den großen Mietskasernen treppauf, treppab und wanderten, sozialdemokratische Flugblätter und Broschüren verteilend, vor die Tore der Fabriken, hinaus in die Vororte, die Dörfer. Gerade bei Verteilung der Wahlliteratur hat sich gezeigt, welch äußerst wertvolle Mithilfe die Frau leistet. Aus ihrer Hand, auf ihren freundlichen, überzeugenden Zuspruch hin wurden Flugblätter und Schriftchen in gar mancher kleinbürgerlichen und bäuerlichen Wohnung entgegengenommen, deren Tür einem „Genossen" vor der Nase zugeschlagen worden wäre." — Daß auf diese umfangreiche und rastlose Tätigkeit der „Genossinnen" nicht nur der Andrang von Frauen und Mädchen zu sozialdemokratischen Versammlungen zurückzuführen ist, sondern daß auch ein erheblicher Teil des sozialdemokratischen Stimmenzuwachses der in der „Gleichheit" so plastisch geschilderten Agitation sozialdemokratischer Frauen zugeschrieben werden kann, dafür spricht die innere Wahrscheinlichkeit in hohem Maße. Je mehr voraussichtlich die sozialdemokratische Frauenagitation zunehmen und je größere Erfolge sie demgemäß erzielen wird, um so ernsthafter sehen sich die bürgerlichen Parteien vor die Frage gestellt, ob sie nicht ihrerseits der sozialdemokratischen Frauenagitation durch entsprechende Organisation der bürgerlichen geeigneten weiblichen Kräfte begegnen sollen.

⊙ **Berlin**, 2. Juli. (Telegramm.) Die „Nordd. Allgem. Zeitung" hört, der im Januar als Gesandter in außerordentlicher Mission nach Washington entsandte bisherige Generalkonsul für Britisch-Indien, Frhr. **Speck v. Sternburg**, sei zum **Botschafter** bei den Vereinigten Staaten ernannt worden.

— Ueber die **Berufsarten der Reichstagsabgeordneten** veröffentlichen Berliner Blätter eine statistische Zusammenstellung. Danach sitzen im Reichstag 92 Gutsbesitzer und Landwirte gegen 112 im alten Reichstag. Davon entfallen 41 auf die beiden konservativen Parteien. 51 Juristen sind im Reichstag vorhanden gegen 111 im alten, ferner 30 Redakteure und 20 Schriftsteller, zusammen 50 bei der Tagespresse beschäftigte Abgeordnete gegen 40 im alten Reichstag.

— Die Berliner **Kürschnergehilfen** haben infolge der ungünstigen Berichte, die aus den einzelnen Provinzorten gekommen sind, beschlossen, von dem geplanten Generalstreik Abstand zu nehmen; man will jetzt gegen einzelne Firmen vorgehen, um sie zur Anerkennung ihrer Forderung zu zwingen. Man verspricht sich viel von der Verhängung der Sperre. Es sollen gegen 800 Kürschner und Hilfsarbeiterinnen ausständig sein.

— Ueber die **Einrichtung von Hausapotheken bei den preußischen Strafanstalten** wird in einem Erlasse der Minister des Kultus und des Innern bestimmt: Bei den Strafanstalten und größeren Gefängnissen in der Verwaltung des Innern sind Hausapotheken einzurichten, in denen Arzneimittel vorrätig zu halten sind, welche in größerer Menge gebraucht werden und dem Verderben nicht ausgesetzt sind. Die Regierungspräsidenten können, nach Anhörung des Regierungs- und Medizinalrats, bestimmen, welche Arzneimittel hierfür zu

SLUB
Wir führen Wissen.